

Korrigenda

Titel	Volkswirtschaftslehre – Grundlagen mit Beispielen und Repetitionsfragen mit Antworten
--------------	--

Auflage	7., überarbeitete Auflage 2016
Code	XWR 020
Artikelnummer	13772
Datum	Januar 2020
Ausgabe	U1066

Position	Beschreibung
Kap. 2.5., Seite 36, Abb. (2-15)	<p>Beim einfachen Wirtschaftskreislauf sind die oberen Pfeile in die falsche Richtung eingezeichnet: d.h. der Güter sowie Geldstrom sind je verkehrt dargestellt. Die rot markierten Pfeile müssten somit in die andere Richtung zeigen.</p> <p>Beim Güterstrom von den Unternehmen zu den Haushalten fehlt zudem die Beschriftung „Güter (Waren und Dienstleistungen)“</p> <p>Abb. [2-15] Einfacher Wirtschaftskreislauf (ohne Märkte)</p>
Kap. 10.3., Seite 124	<p>Aufgrund aktueller Entwicklungen in der Umweltpolitik wurde das Kapitel angepasst.</p> <h2>11.3 Umweltpolitik</h2> <p>Appelle an die Moral der Verursacher</p> <p>Die sanfteste Möglichkeit, externe Kosten einzudämmen, ist freiwillige</p>

Position	Beschreibung
	<p>Zurückhaltung aus Anstand oder Mitgefühl. In einer komplizierten arbeitsteiligen Wirtschaft, wo sich die meisten Akteure kaum kennen, sind Moralappelle in der Regel nicht sehr wirksam. Damit ist nicht gesagt, dass Umweltethik nebensächlich ist. Sie ist die Grundlage dafür, dass Umweltgesetze Mehrheiten erhalten – Gesetze, die alle anhalten, sich umweltfreundlich zu verhalten.</p> <p>Gesetzliche Gebote und Verbote</p> <p>Externe Kosten treten vor allem dort auf, wo die Geschädigten sich gegen Schäden nicht wehren, nicht abgrenzen können. Das geschieht vor allem dort, wo die Eigentumsrechte der Geschädigten ungenau definiert oder schwer durchsetzbar sind. Darum soll der Staat die Eigentumsrechte an Umweltgütern – wo immer möglich – verbindlicher festlegen.</p> <p>.....</p> <p>Beispiel: Eine Übernutzung des schweizerischen Walds wurde auf diese Weise erfolgreich abgewehrt. Das schon 1876 eingeführte Waldgesetz hat der schweizerischen Allgemeinheit verbindliche Rechte auf den schweizerischen Waldbestand zugesprochen. Diese Rechte haben zur Folge, dass Waldrodungen nur dann erlaubt sind, wenn an vergleichbarer Lage wieder aufgeforstet wird. Neuere Erfolgsmodelle sind die Vorschriften zu Fahrzeugkatalysatoren oder zur Wärmedämmung bei Häusern.</p> <p>.....</p> <p>Es gibt unzählige Möglichkeiten, die Umwelt zu verschmutzen. Eine Flut von Gesetzen und Verordnungen zeigt das Bemühen des Staats, das Umweltproblem zu meistern. Viele dieser Gesetze wurden im politischen Prozess aber stark verwässert und ihr Erlass wurde verzögert. Auch wenn ein Gesetz einmal eingeführt ist, gibt es immer noch grosse Probleme, die Bestimmungen durchzusetzen. Was tun, wenn z. B. die Grenzwerte laufend überschritten werden? Welches sind die Sanktionen?</p> <p>Internalisierung externer Kosten mit Preisen für Umweltgüter</p> <p>Wir wissen, dass die Umweltbelastung ständig zunimmt und mit der Klimaerwärmung – ohne weitreichende Massnahmen – in eine weltweite Katastrophe führen kann. So empören wir uns über Umweltsünden, versuchen sie durch Gesetze einzuschränken, belehren Schulkinder usw. – doch die wichtigsten Umweltgüter stellen wir weiterhin zu billig oder gar gratis zur Verfügung. Diese Inkonsequenz wird behoben, wenn wir für den Verschleiss von Umweltgütern einen angemessenen Preis verlangen – und den Verursachern der Schäden anlasten.</p> <p>Abgaben für die Benutzung von Umweltgütern nennt man Umweltabgaben. Die Einnahmen sollen im vollen Umfang an die Bevölkerung zurückverteilt werden, am einfachsten, indem bisherige Steuern reduziert oder einfach gestrichen werden. Denn Umweltabgaben sollen die Wirtschaft zu besserer Nutzung der Ressourcen lenken und nicht etwa dem Staat höhere Einnahmen verschaffen. (Ob ein Staat seine Leistungen ausbauen und dafür mehr Geld bekommen soll, ist eine andere Frage, die nicht mit der ökologischen vermischt werden soll.)</p> <p>Wenn eine Umweltabgabe zurückverteilt wird, bleibt für einen durchschnittlichen Steuerzahler und Umweltverschmutzer die Belastung mit Steuern und Abgaben gleich. Wer aber die Umwelt schonender behandelt als der Durchschnitt, wird finanziell profitieren – und wer die Umwelt überdurchschnittlich belastet, wird Geld</p>

Position	Beschreibung
	<p>verlieren. ((mit nächsten Abschnitt getauscht))</p> <p>Mit Umweltabgaben erscheinen die externen Kosten in den Kostenrechnungen von Unternehmen und Konsumenten. Umweltkosten sind dann nicht mehr externe, sondern interne Kosten. Im Fachjargon: Die externen Kosten sind internalisiert.</p> <p>.....</p> <p>Beispiel: Die Schweiz kennt Umweltabgaben auf flüchtigen organischen Verbindungen (seit dem Jahr 2000) oder eine CO₂-Abgabe auf Brennstoffe (seit 2008). Aktuell werden höhere CO₂-Abgaben auf Brenn- wie auf Treibstoffen diskutiert und eingeführt. Die Einnahmen aus diesen Abgaben werden u. a. via geringere Prämien für Krankenkassen und AHV zurückbezahlt.</p> <p>Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA (seit 2001) wird nicht zurückverteilt, sondern für den öffentlichen und den privaten Verkehr eingesetzt.</p> <p>.....</p> <p>Abb 11-2: Wirkung einer CO₂-Abgabe ((nach oben verschoben))</p> <p>Effizienter Klimaschutz</p> <p>Der Klimawandel, das Ozonloch, die Abholzung der Tropenwälder, der Verlust der Artenvielfalt oder die Verschmutzung und Versauerung der Meere haben eine globale Reichweite. Hier ist eine globale Umweltpolitik nötig.</p> <p>Am bedrohlichsten ist der Treibhauseffekt. Der menschengemachte Treibhauseffekt wird zu zwei Dritteln durch Kohlendioxid/CO₂ verursacht – der Rest durch die hochwirksamen Treibhausgase Methan/CH₄, Lachgas/N₂O und F-Gase. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich das Klima im globalen Mittel um 1°C erwärmt. Und machen wir weiter wie bisher, haben wir (laut Weltklimarat/IPCC) um das Jahr 2033 genug Treibhausgase ausgestossen, um 2°C zu erreichen. Und dies würde selbstverstärkende Mechanismen in Gang setzen: über schmelzende Eisflächen, die weniger Wärme reflektieren, über auftauende Permafrostböden und zerstörte Wälder, die Treibhausgase freigeben, mit denen 3°C oder mehr erreicht würden. Was dieses Szenario für die Welt bedeuten würde, ist ungewiss.</p> <p>Die Emissionen müssen bis etwa 2050 stetig auf netto null sinken und danach negativ werden, um die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen (wie 2015 an der Klimakonferenz in Paris vereinbart). Weil wir bisher zu wenig gegen den Anstieg von Treibhausgasen in der Atmosphäre unternommen haben, bleiben uns voraussichtlich nur noch drei Jahrzehnte, um die Zunahme der weltweiten Treibhausgas-Emissionen auf netto null zu begrenzen.</p> <p>Umweltabgaben allein reichen daher für eine vollständige Reduktion nicht mehr aus – ein diskutierter Lösungsansatz ist direkteres staatliches Engagement. Die im Folgenden beschriebenen staatlichen Massnahmen beschränken sich auf das CO₂: Ziel sind Waren und Dienstleistungen, die mit nichtfossiler Energie hergestellt und benutzt werden können:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1. Umfassendere CO₂-Abgabe: Eine CO₂-Abgabe soll die fossilen Energieträger (Kohle, Erdöl und Erdgas) schrittweise höher belasten. Die Abgabe müsste so lange ansteigen, bis die politisch ausgehandelten CO₂-

Position	Beschreibung
	<p>Grenzwerte erreicht werden. Auf jeden Fall soll die CO₂-Abgabe verbindlich ansteigen, sodass Haushalte und Unternehmen ihre langfristigen Pläne darauf ausrichten können: z. B. Häuser isolieren, auf Elektroautos umstellen, oder mehr Schlafwagen in Auftrag geben, dafür weniger Flugzeuge. Klare Rahmenbedingungen schaffen Planungssicherheit.</p> <p>Der technische Fortschritt verbilligt die klimaneutralen Alternativen jetzt schon rasant. Doch die sichere Aussicht auf teurere fossile Energie gibt dem CO₂-freien Fortschritt einen zusätzlichen Schub: An erster Stelle steht erneuerbare Energie (Sonnen- und Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme); und die umstrittene Kernenergie wird wieder stärker propagiert. Auch an CO₂-neutraler Zementproduktion wird geforscht. Vor grossen technischen Problemen stehen wir beim Flugverkehr und bei der Ernährung (klimaschonenderes Viehfutter wird erprobt).</p> <p>2. nichtfossile Technik vorantreiben: Wollen wir rechtzeitig vollständig von fossiler Energie wegkommen, sollten die Erforschung und die Entwicklung nichtfossiler Energien und deren Speicherung auch staatlich noch stärker unterstützt werden.</p> <p>3. Infrastruktur für eine klimaneutrale Zukunft: Ein Umbau und eine Erweiterung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrsnetz, sowie des Stromnetzes würden die Erreichung des Klimaziels unterstützen. Ebenso ein Stromnetz, welches offen ist für die vielfältige dezentrale Stromerzeugung, und Batterien und Pumpspeicherwerke, welche die schwankende Produktion von Sonnen- und Windenergie ausgleichen könnten.</p> <ul style="list-style-type: none"> 4. Gebote und Verbote: Aufgrund der technischen Entwicklung sind auch immer schärfere Gesetze möglich, die das Einsparen von fossiler Energie verlangen, fossile Techniken verbieten und klimaneutrale Techniken vorschreiben. <p>Grundsätzliches zu Verlierern, Gewinnern einer effizienten Umweltpolitik</p> <p>Bei einem ökologischen Strukturwandel gäbe es viele Haushalte und Unternehmen, die gewinnen, und solche, die verlieren. Aber auch beim heutigen Strukturwandel, der weltweit in eine gefährliche Richtung geht, gibt es laufend Gewinner und Verlierer.</p> <p>Ob aber die Umstrukturierungsprobleme mit einer schrittweise ansteigenden CO₂-Abgabe grösser würden oder kleiner, kann niemand sagen. Warum sollen sie schmerzlicher werden, wenn der Verbrauch von fossiler Energie höher und dafür andere Dinge wie z. B. Arbeit niedriger besteuert werden? Sicher ist: Je länger wir den ökologischen Strukturwandel hinauszögern, desto brüsker teurer wird jede notwendige Kursänderung.</p> <p>Wie meistens wehren sich die Verlierer stärker als die Gewinner. Mit einer umfassenden CO₂-Abgabe gäbe es aber eine grosse Mehrheit, die gewinnen könnte, und nur eine kleine Minderheit, die sehr viel verlieren würde: am stärksten verlieren die Konzerne und Staaten, die fossile Energie produzieren und fossile Energiereserven besitzen.</p> <p>Klimaschutz im Rückstand</p> <p>Die Klimapolitik richtet sich heute stark an internationalen Abkommen (wie oben erwähnt z.B. das Übereinkommen von Paris) – doch sind diese wenig verbindlich. Das hat mindestens vier Gründe:</p> <ul style="list-style-type: none"> Zuerst gaben die anfänglichen Zweifel über das Ausmass und die Ursachen

Position	Beschreibung
	<p>der weltweiten Bedrohung den Verschmutzern jahrzehntelang, und sogar heute noch, einen Vorwand, Massnahmen aufzuschieben oder als unnötig zu bekämpfen. Wo bleibt der ökonomische Verstand, wenn hundertprozentige Sicherheit verlangt wird, bevor man sich einer Gefahr wie der Klimaerwärmung entgegenstellt?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nicht unterschätzen dürfen wir die politische Macht der Länder mit fossilen Energievorkommen und der Konzerne, die Förderrechte besitzen. Sie nehmen den Rückgang ihrer Einnahmen und die Entwertung ihres Vermögens nicht einfach so hin. Damit sich das Klima nicht um mehr als 1,5°C erwärmt, müssten bis 80 % der heute bekannten fossilen Reserven im Boden bleiben. • Viele Länder leiden heute schon unter der Klimakrise. Stärker betroffen sind eher arme und machtlosere Länder – am meisten CO₂ stossen aber reichere und mächtige Länder aus. Den Treibhauseffekt werden vor allem die Jungen und die zukünftigen Generationen zu spüren bekommen – sie haben, wie die ärmeren Ländern, aber wenig einflussreiche Fürsprecher. • Von jeder eingesparten Tonne CO₂ profitiert die ganze Welt. So können sich die einzelnen Regierungen als Trittbrettfahrer verhalten, und darauf warten, dass die anderen Länder beim Klimaschutz vorangehen. <p>Doch Trittbrettfahren beim Klimaschutz ist heute eine überholte Strategie. Es liegt nämlich durchaus im Eigeninteresse vieler Länder, ihre CO₂-Emissionen zu senken. Sie bräuchten kein internationales Abkommen, das sie dazu zwingt, wenn sie nicht von Einzelinteressen gebremst würden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Immer mehr Energie-Ökonomen versichern, erneuerbare Energien seien bereits so preisgünstig wie fossile Energien. Allerdings hängen solche Aussagen von Preisen ab, die stark schwanken. • Mit einer umfassenden CO₂-Abgabe würden auch lokale oder landesweite externe Kosten, wie etwa Smog, verringert. • Die Abhängigkeit von Kohle, Erdöl und Erdgas wäre zu Ende – und damit auch die Abhängigkeit von instabilen oder drohenden Regionen wie dem Nahen Osten oder Russland. <p>Ökologische Rahmenbedingungen fördern zukunftsträchtige, lukrative Branchen und verstärken einen Strukturwandel, der ohnehin kommt.</p>